



Band 5. Das Wilhelminische Kaiserreich und der Erste Weltkrieg 1890-1918
Deutschlands führende Industrielle über die Kriegszielfrage (1915)

Annexionen waren Teil der Grundprämissen auf der Rechten im Falle eines deutschen Sieges. In den besetzten Gebieten im Westen waren die Ausbeutungsmöglichkeiten üppig; sie reichten von reichlichen Rohstoffreserven bis zu modernen Produktionskapazitäten. Hier diskutieren wichtige Vertreter der deutschen Industrie über den rechtlichen Rahmen zum Schutz ihrer Erwerbungen nach dem Krieg.

An der am 17. Mai im Reichskanzlerpalais in Berlin stattgefundenen Besprechung über die Kriegsziele nahmen folgende Herren teil:

Herr Reichskanzler v. Bethmann Hollweg
Herr Unterstaatssekretär Wahnschaffe
Herr Gebeimer Finanzrat Hugenberg
Herr Landrat Roetger
Herr Syndikus Hirsch
Herr Freiherr von Wangenheim
Herr Dr. Roesicke
Herr Kommerzienrat Friedrichs
Herr Dr. Stresemann
Herr Bürgermeister Dr. Eberle
Herr Wachhorst de Wente
Herr Freiherr von Twickel
Herr Wallenborn

Als erster Redner der Deputation wies Herr *Freiherr von Wangenheim* darauf hin, daß in den bei der Besprechung vertretenen Verbänden sich eine Einigung sonst feindlicher Erwerbsstände zeige, welche dadurch herbeigeführt worden sei, daß die Not des Vaterlandes selbst einstige wirtschaftliche und politische Gegner zusammengeführt habe. Nachdem sich nun auch die christlichen Bauernvereine den vertretenen Korporationen angeschlossen haben, stehen Industrie und Landwirtschaft geschlossen hinter den Forderungen, die von diesen Korporationen aufgestellt und in der dem Reichskanzler unterbreiteten Denkschrift niedergelegt worden sind. Zwei Gesichtspunkte hätten die Verbände zusammengeführt, seien aber auch grundlegend für die Wünsche derselben. Auf der einen Seite habe man in allen Kreisen der Industrie erkannt, wie wichtig die Bedeutung der Landwirtschaft für den wirtschaftlichen und politischen Bestand des Deutschen Reiches sei. Ohne die durch die Landwirtschaft sichergestellte Ernährung des Volkes sei der Krieg gar nicht durchführbar gewesen. Die Unabhängigmachung vom Auslande schwebte allen Kreisen als Ideal vor. Andererseits habe auch die Landwirtschaft ihrerseits erkannt, von wie überragender Bedeutung die deutsche Industrie in gleichem Maße sei, sie habe erkannt, daß wir militärisch niedergeboren wären,

wenn nicht die deutsche Industrie in der Lage gewesen sei, den außerordentlich großen direkten und indirekten Heeresbedarf selbst herzustellen und im Lande zu erzeugen. Die Kräftigung und Erhaltung dieser beiden grundlegenden Pfeiler der deutschen Volkswirtschaft müsse Ausgangspunkt auch für das nach dem Kriege zu erstrebende Deutschland sein. Die Industrie fordere deshalb von diesem Standpunkt aus, daß die Hand gelegt wird auf die großen Erzlager in Frankreich, daß die Erzbecken von Longwy und Briey ebenso wie die Kohlenbezirke im Pas de Calais und im Departement du Nord in Zukunft zu Deutschland gehören müßten, um den Feind wirtschaftlich zu schädigen und uns unabhängig zu machen. Vom Standpunkt eines Ausgleichs zwischen Industrie und Landwirtschaft sei aber in diesem Falle auch zu fordern, daß wir im Osten neues Gebiet erhalten, das uns die Möglichkeit gibt, dort Siedlungsland zu haben, in dem einmal neue Bauernstellen für deutsche Ansiedler geschaffen, zweitens aber auch Land für ev[entuell] hinzukommende neue Arbeitskräfte der Deutschen aus den russischen Provinzen geschaffen werden könnte. Durch diese Forderungen werde zunächst ein wirtschaftlicher Ausgleich im neuen Vaterland herbeigeführt. Die weiteren Forderungen seien in der überreichten Denkschrift niedergelegt. Wenn augenblicklich wieder schwere Gewitterwolken am politischen Horizont ständen und wenn dabei zu erwarten sei, daß ev[entuell] neue Feinde zu den alten hinzuträten, so möge der Reichskanzler überzeugt sein, daß die hinter den hier vertretenen Verbänden stehenden Erwerbsstände bereit und gewillt seien, wirtschaftlich durchzuhalten und auch die feste Überzeugung hätten, daß dies möglich wäre, sowie sie auch an dem militärischen Erfolge der Waffen nicht zweifelten.

Selbstverständlich seien die hier ausgesprochenen Forderungen abhängig von dem Stande der militärischen Lage. Seien sie militärisch nicht durchzusetzen, so müsse man auf sie verzichten. Wichtiger scheine es den vertretenen Verbänden aber vor allem, daß für den Fall des Sieges ein Siegesziel aufgestellt werde, das den Staatsmännern vorgezeichnet wird und das zeigt, was erreicht werden könne, wenn der Sieg unser sei. Das würde gewiß auch auf die Stimmung des Heeres einwirken.

Nachdem sich Herr Geheimrat Hugenberg in ähnlichem Sinne unter spezieller Betonung des industriellen Standpunktes ausgesprochen hatte, nahm der Reichskanzler Herr von Bethmann Hollweg das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er u. a. folgendes äußerte: „Er würdige vollkommen die Bedeutung der Einigung der deutschen Erwerbsstände, die in den ihm übergebenen Kundgebungen zum Ausdruck komme. Augenblicklich stände Deutschland vor einer schweren politischen Situation, wie sie in dieser Schwere vielleicht noch niemals seit Beginn dieses Weltkrieges dagewesen sei. Man müsse damit rechnen, daß Italien sich den Feinden Deutschlands anschließe, vielleicht würden auch noch die Balkanländer Rumänien, Bulgarien und Griechenland hinzutreten. Er habe wenig Hoffnung, daß namentlich Italien neutral bleibe. Italien stände unter der Herrschaft der Straße, obwohl 4/5 des Senates für Giolitti¹⁵ und den Frieden seien. Er habe diese Entwicklung kommen sehen und habe aus diesem Grunde die Erörterungen über die Kriegsziele nicht für opportun gehalten. Er zweifle nicht daran, daß das Deutsche Reich auch gegenüber diesem Gesamtanstorm die Möglichkeit haben könne, seine Grenzen in Ost und West zu schützen, wie schwer selbst diese Defensive würde, hätten die Herren ja aus den Kämpfen bei Arras ersehen. Was aus Österreich-Ungarn bei diesem Ansturm würde, müsse dahin gestellt bleiben.

Was nun die Kriegsziele anbelange, so zeige der Krieg eine Entwicklung, die den Gedanken ausschließe, daß er mit einer Versöhnung der Völker schließen könne. Das gelte insbesondere für das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland. Frankreich müsse die Großmannssucht ausgetrieben werden; selbstverständlich sei er für die restlose Ausnutzung eines deutschen Krieges. Es sei eine jämmerliche und kümmerliche Auffassung, den Gedanken auszusprechen, daß man nach einem etwaigen Siege diesen Sieg nicht ausnutzen wolle. Er sei schmerzlich und

tief davon bewegt, daß man ihm solche Gesinnung unterlege, die er niemals ausgesprochen habe. Er sei auch der Meinung, daß eine Wiederherstellung Belgiens unmöglich sei, da Belgien nur französisch-englischer Vasallenstaat sein würde. Anders lägen die Verhältnisse im Osten. Ein Sonderfrieden mit dem Osten sei sicher, wenn Italien nicht eingreife. Aber auch wenn Italien eingreife, könne unter Umständen der Moment kommen, wo Rußland nicht mehr gewillt sei, den Krieg fortzusetzen und wir infolgedessen ein Sonderabkommen mit Rußland treffen können. Ob sich bei einem derartigen Sonderabkommen die ausgesprochenen Wünsche erfüllen lassen, sei allerdings zweifelhaft. Die ganze jetzige Situation erinnere an die Lage Preußens im 7jährigen Kriege. Der Krieg habe den Charakter eines Koalitionskrieges angenommen. Er sei nicht Pessimist in bezug auf den Ausgang des Krieges, er sei von einem ernsten Optimismus erfüllt, man könne aber auch nicht an der Tatsache vorbei, daß die Verhältnisse schwierig geworden seien. Daher wisse er nicht, ob die Wünsche alle durchführbar seien, die hier geäußert würden. Er bitte überzeugt zu sein, daß er, wenn die Zeit gekommen sei, auch die hier vertretenen Kreise auffordern würde, ihm zur Seite zu stehen, um mitberatend und mitfördernd die Frage der künftigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands zu lösen.“

In der weiteren Erörterung nahmen noch das Wort die Herren: Dr. Roesicke, Freiherr von Twickel und Syndikus Hirsch. Herr Dr. Roesicke wies insbesondere darauf hin, daß es wünschenswert sei, die militärischen Operationen den zu erstrebenden Zielen anzupassen oder unterzuordnen, da das Militär anders operieren könne, wenn es wisse, auf die Besetzung welcher Gebiete Wert gelegt werde.

Herr Syndikus Hirsch wies auf die Sitzung hin, die der Vorstand der Nationalliberalen Partei in Gemeinschaft mit dem geschäftsführenden Ausschuß der Partei gehabt hätte. Trotz der schwierigen außerpolitischen Lage sei eine völlige Einmütigkeit der Nationalliberalen Partei über die zu erstrebenden Kriegsziele zum Ausdruck gekommen und zwar Ziele, die sich mit den in der Eingabe der wirtschaftlichen Verbände niedergelegten deckten. Er begrüßte sodann die Erklärung des Reichskanzlers, daß es eine jämmerliche und kümmerliche Auffassung wäre, wenn jemand der Meinung sei, daß man einen Sieg nicht restlos ausnutzen wolle. Er bat um die Erlaubnis, diese Äußerung des Reichskanzlers auch denjenigen Organisationen zum Ausdruck bringen zu dürfen, die hier vertreten seien. Es bestehe leider ein großes Mißtrauen auf dieser Richtung, zwar seien es nicht irgendwelche kleinere Teile des Volkes, die dieses Mißtrauen besäßen, sondern die weitesten und leistungsfähigsten Kreise. Er möchte insbesondere betonen, daß hinter den hier vertretenen Zielen die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes mit Ausnahme ganz einzelner Gruppen stände.

Im weiteren Verlaufe der Diskussion wurde noch darauf hingewiesen, daß, falls Italien in den Krieg eintrete, eine Kundgebung geplant sei, um die Einmütigkeit der vertretenen Erwerbsstände zum Ausdruck zu bringen. Die vertretenen Verbände hätten insbesondere auch in Aussicht genommen, alle künftigen Fragen der deutschen Politik gemeinsam zu erörtern.

Quelle: Aufzeichnung des Mitglieds des Präsidiums des Bundes der Industriellen Gustav Stresemann über die Audienz einer Delegation der großen Wirtschaftsverbände bei Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg am 17. Mai 1915 zur Kriegszielfrage. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Nachlaß Gustav Stresemann, Bd. 146.

Abgedruckt in Willibald Gutsche, *Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/8 bis 1917*. Berlin-Ost, 1977, S. 222-25.